

TOP 4

**Der Fall Nokia verdeutlicht: Leih- und Zeitarbeitsbeschäftigte benötigen
besseren sozialen und arbeitsrechtlichen Schutz**

**Rede des stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion
Rainer Schmeltzer MdL**

anlässlich
der Plenarsitzung am 13. März 2008

- Es gilt das gesprochene Wort -

Anrede,

Respekt, meine Damen und Herren,

Respekt vor dem Mensch, Respekt vor Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Respekt gegenüber den Arbeitnehmern gilt es immer zu zollen. Gerade dann, wenn in Zeiten wie diesen, sie wesentlich zur Gewinnsteigerung der Unternehmen beitragen.

Wo aber bleibt dieser Respekt?

Nokia ging. Was bleibt sind 2300 Nokianer in Sorge und 1200 unbeschäftigte Leiharbeiter.

Diese bleiben, sie wissen nur nicht wo.

Läuft es in einer Firma gut, sind sie die ersten die kommen, läuft es schlecht, sind sie die ersten die gehen müssen.

Schon ein Tag nach der Ankündigung von Nokia das Werk zu schließen gingen Hunderte von Kündigungen über die Tische der Zeitarbeitsfirmen.

Das wir uns nicht falsch verstehen. Im Einzelfall entspricht die Leih- und Zeitarbeit den individuellen Vorstellungen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Leiharbeit kann eine Brücke in ein reguläres Arbeitsverhältnis sein. Und so war die Leiharbeit auch nach den Änderungen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes gedacht - als Brücke zum Übergang in den ersten Arbeitsmarkt.

Leiharbeit kann auch helfen, kurzfristigen Facharbeitermangel in einem Betrieb zu überwinden – wobei sich die Frage stellt, ob der Betrieb in diesem Fall vorausschauend ausgebildet hat, aber das ist heute nicht unser Thema.

Leiharbeit ist ein gutes Instrument für einen flexiblen Arbeitsmarkt.

Leiharbeit hilft auch Unternehmen flexibler zu reagieren und saisonale Aufträge abzuarbeiten. Aber das, was hier passiert, was Unternehmen aus der gut gewollten Flexibilität gemacht haben, ist nicht Flexibilität, das ist Willkür.

Vom Grundsatz her ist Leiharbeit nicht unanständig - aber es gibt unanständige Leiharbeit!

Und Opfer sind die Leiharbeitskräfte. Das können Sie drehen und wenden, wie Sie wollen. Leiharbeit ist nicht nur flexibel - und zwar in allen erdenklichen Facetten -, Leiharbeit steht auch für schlechte Arbeitspraktiken.

Leiharbeiter werden schlechter bezahlt als Stammkräfte, werden oft auf gefährliche Arbeitsplätze gesetzt, Weiterbildung ist für Leihbeschäftigte in der Regel ein Fremdwort. Und: Leiharbeit wird zunehmend zur Verdrängung regulärer Beschäftigung eingesetzt.

Wir finden in vielen Betrieben heute eine Stammebelegschaft, der eine ebenso große Randbelegschaft zur Seite steht. Und was mich umtreibt ist, dass diese Randbelegschaften nicht nur in den Betrieben Beschäftigte zweiter Klasse sind. Sie geraten auch im sozialen Alltag an den Rand.

Halten wir uns einmal vor Augen: Im Organisationsbereich der IG Metall wurden bei mehr als 50 % der Unternehmen reguläre Beschäftigungen durch Leiharbeit ersetzt.

Die IG Metall nennt Ross und Reiter:

Schmitz Cargo Bull in Altenberge. Auf 440 Regulär-Beschäftigte kommen zusätzlich 600 Leiharbeitnehmer.

Wincor Nixdorf in Paderborn. 647 eigene Beschäftigte in der Produktion und 450 von Leiharbeitsunternehmen.

Claas in Harsewinkel. 1397 eigene, 600 Leiharbeitnehmer.

Und bei Nokia gab es bis zu einer Verabredung mit dem Betriebsrat in der Produktion ein Patt zwischen Nokianern und Leiharbeitsbeschäftigten - u.a. mit unterschiedlichen Preisen in der Kantine.

Denn der Werkzuschuss galt nur für die Stammbeslegschaft. Und das, obwohl ein Leiharbeiter ohnehin weniger verdiente.

Betriebsrat und IG Metall haben das abgeräumt.

Es gibt landauf, landab Exzesse. Und diese Exzesse können nur mit starken Betriebsräten abgeräumt werden.

Nur mit starken Betriebsräten können Obergrenzen und Übergänge verabredet werden.

Deshalb müssen die Betriebsräte im Umgang mit Leiharbeitern gestärkt werden. Das ist die erste Handlungsoption. Aber das alleine wird nicht reichen.

Oder schauen wir einmal in den Bereich der Nahrungswirtschaft:

Schwelmer Brauerei - 2/3 der "Belegschaft" teilt sich auf in prekäre Beschäftigung und Leiharbeitnehmer

Aachen: Die internationale Printen-Hochburg.

Bei Lambertz kommen auf rd. 350 Stammbeschäftigte zusätzlich ca. 120 Leiharbeitnehmer und bei Kinkartz - die schießen die Printe ab - haben wir regulär 200 Beschäftigte plus 200 Leiharbeitnehmer - ja teilweise sogar bis zu 260 Leiharbeitnehmer!

Und das alles natürlich zu niedrigeren Löhnen und sonstigen schlechteren Sozialleistungen. Da bleibt einem beim Genuss der Printe diese zukünftig quer im Halse stecken.

Anrede,

In NRW gab es im 1. Halbjahr 2007 mehr als 153.000 Leiharbeiter. Alleine im ersten Halbjahr ist die Zahl gegenüber dem Vorjahr um mehr als 18,5 % gestiegen. Ein Traumwert, der allerdings wirtschaftliche und vor allem soziale Sicherheit nur vortäuscht.

Wir müssen die Exzesse in der Leiharbeit eingrenzen.

Zeitarbeitsunternehmen müssen ihrer sozialen und wirtschaftlichen Verantwortung für die Beschäftigten nachkommen.

Wir fordern "Gleiche Arbeit- Gleiches Geld".

Leiharbeitnehmer arbeiten im Volleinsatz, erhalten aber vielfach nur Teilzeitlohn.

Es kann nicht sein, dass es in manchen Einsatzbetrieben zu eklatanten Ungerechtigkeiten kommt.

Da kann man nicht wegschauen und so tun als gäbe es diese Probleme nicht.

Immer wieder gibt es Beispiele dafür, dass die Beschäftigten auf staatliche Aufstockerleistungen aus dem SGB II angewiesen sind.

Das ist ja das, was CDU und FDP favorisieren. Den staatlichen Zuschuss. Oder um mit ihren Worten zu reden "Kombilohn". Der Staat soll es richten. Der Staat soll Löhne subventionieren, die Unternehmen aus Gewinnsucht nicht bereit sind zu zahlen. "Subvention" - eigentlich das "Pfui-Bah-Wort" der FDP - aber nicht, wenn es um Gewinnoptimierung der Wirtschaft auf dem Rücken der Arbeitnehmer geht.

Das ist ein verquertes Staatsverständnis. Das ist die Art von ´Privat vor Staat´, in Form von ´Verschwendung von Steuergeldern´. Von Steuergeldern der Leistungsträger und der Menschen, die kleine Einkommen haben und dennoch Steuern zahlen. Das ist die FDP-Umverteilung - unter dem Deckmantel der Globalisierung. Aber Globalisierung ist gestaltbar. Nicht nur für Gewinne, sondern auch für die Menschen.

Anrede,

Es darf nicht zu Lohndumping kommen. Leiharbeit darf nicht zur Aushöhlung von Tarifverträgen in Betrieben verkommen. Leiharbeit muss den Stellenwert einnehmen, der ihm vom Grundsatz zugedacht war: Mit gut ausgebildeten, flexiblen Arbeitnehmern schwierige Zeiten des Unternehmens zu überbrücken.

Aber -viele Leiharbeiter erhalten oft nicht einmal ihr tarifvertraglich gesichertes Einkommen. Sie werden falsch eingruppiert. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt. Unsere Forderungen lauten:

Erstens

Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter müssen gestärkt werden. In dem Entleihbetrieb und in dem Leiharbeitsunternehmen. Dafür brauchen wir starke Betriebsräte mit der Unterstützung einer guten, starken Mitbestimmung.

Zweitens

Auch für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter muss es bei Massenentlassungen einen Interessenausgleich und Sozialplan geben. Es sind keine Beschäftigten 2. Klasse. Auch für sie muss gelten, dass soziale Sicherheit auch in schlechten Zeiten zählt.

Drittens

Die Zeitarbeitsbranche muss Aufnahme in das Entsendegesetz finden, so dass Lohndumping in der Branche verhindert wird.

Darüber haben wir schon gesprochen. Der Arbeitsminister Laumann ist bekanntlich dafür. Der Abgeordnete Laumann musste bekanntlich aus Koalitionsrason dagegen stimmen.

Viertens

Der Grundsatz "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" muss uneingeschränkt gelten. Wir wollen keine Zwei-Klassengesellschaft in den Betrieben.

Fünftens

Im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz muss eine maximale Verleihzeit an einen Betrieb festgelegt werden.

Wir wollen keine Tagelöhner.

Sechstens

Das Synchronisationsverbot muss wieder in das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz aufgenommen werden.

Leiharbeitsunternehmen müssen ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dauerhaft beschäftigen und nicht in Abhängigkeit von der aktuellen Auftragslage im Entleihbetrieb.

An all diesen berechtigten Forderungen sieht man, dass die Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter derzeit nur unzureichend sozial und arbeitsrechtlich geschützt sind. Gute Absichten bei den damaligen Änderungen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes haben sich nicht durchgesetzt. Im Gegenteil: sie wurden von Teilen der Wirtschaft geradezu missbraucht. Das muss geändert werden und zwar schnell, die Zeit läuft nicht nur den Leih- und Zeitarbeitsbeschäftigten davon.

Ein lehrreicher Blick in das benachbarte Ausland - hier die Niederlande - kann helfen: In den Niederlanden sind die Exzesse der Leiharbeit bekämpft worden. Dort ist eindeutig geregelt: Überlassene Arbeitnehmer sind so zu bezahlen wie vergleichbare Kräfte im Einsatzunternehmen. Der Grundsatz ‚Equal Pay‘ hat einen rechtlichen Rahmen bekommen.

Die Rechtsposition der Arbeitnehmer wurde gestärkt: Nach einer bestimmten Zeitspanne ist die Zeitarbeitsfirma verpflichtet, ihn fest zu beschäftigen. Damit entsteht ein Synchronisationsverbot, so dass das willkürliche ‚hire and fire‘ nach Auftragslage beendet wird. Es greift die normale soziale Absicherung, die jedem Beschäftigten zusteht.

Gleiche Arbeit, gleiches Geld und gleicher Respekt!

Das ist auch unser politischer Auftrag. Dem kommen wir mit unserem heutigen Antrag nach. Sie haben auch die Chance dazu!